

INHALT

UNGARN

Péter Tschet

- 3 Ungarn nach Orbán: Weg von der illiberalen Demokratie – aber wohin?**

Wilhelm Droste

- 8 Neue Lebensfreude. Aktuelle Bewegungen in der ungarischen Kultur**

Alexander Faludy

- 10 Ein Neustart? Kirche und Staat in Ungarn nach Orbán**

Ferenc Laczó

- 13 Im Fokus der Geschichtspolitik. Das Gedenken an die Revolution von 1956**

ARMENIEN

Narek Sukiasyan

- 16 Polarisierung und Geopolitik. Die Parlamentswahlen in Armenien**

Anna Gevorgyan

- 21 Vom Instinkt zur Strategie: Armeniens Außenpolitik nach der Wahl**

Harutyun G. Harutyunyan

- 25 Konfliktreich. Kirche und Politik in Armenien**

PROJEKTBERICHT

Regula Spalinger im Gespräch mit Oleg Ovechko und Svitlana Altherr

- 28 Förderung der Medizin: Mobile medizinische Grundversorgung im Krieg**

BUCHBESPRECHUNGEN

Manfred Hutter (Hg.)

- 30 Religionen im Kaukasus**

Sergei V. Chapin

Religious Communities under Pressure

Pantelis Kalaitzidis

- 31 Orthodoxy and Modernity**

Heta Hurskainen, Teuvo Laitila (eds.)

Churches in Contact and Collision

Titelbild

Blick auf das ungarische Parlamentsgebäude an der Donau.

Foto: Shutterstock.com/Melinda Nagy

Die Zeitschrift RGOW wird vom Forum RGOW – Religion & Gesellschaft in Ost und West herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Liebe Leserin

Lieber Leser



Am 12. April feierten und tanzten tausende Menschen ausgelassen auf den Straßen Budapests. Ihre Freude galt der Abwahl der illiberalen Demokratie von Viktor Orbán. 16 Jahre hatte das Orbán-Regime die Geschicke des Landes bestimmt und das politische System radikal umgebaut. Mit dem Regierungswechsel hoffen nun viele Menschen in Ungarn auf einen Neuanfang oder zumindest eine Neuausrichtung ihres Landes.

So herrscht in der unabhängigen Kulturszene große Freude und die Hoffnung, wieder Chancen auf staatliche Förderung zu haben, nachdem diese zuvor für die regierungsloyale Kultur reserviert gewesen war, wie Wilhelm Droste aus Budapest berichtet. Aufgrund ihrer Zweidrittelmehrheit kann die neue Regierungspartei Tisza das von Orbán errichtete politische System umbauen – und zwar mit den gleichen Mitteln wie die Vorgängerregierung von Fidesz. Eine Reihe personeller Änderungen hat die neue Regierung bereits vorgenommen, teils auf fragwürdigem Weg, wie Péter Tschet schreibt. Allerdings entspreche das zügige und entschlossene Vorgehen den Wünschen einer Bevölkerungsmehrheit. Die Neuausrichtung wird wohl auch die Geschichtspolitik umfassen, doch deren künftige Form lässt sich laut Ferenc Laczó erst in Umrissen erkennen. Einen ersten Einblick werden die Feiern zum 70. Jahrestag des Ungarischen Volksaufstands von 1956 geben, der in der nationalen Erinnerungskultur eine wichtige Rolle spielt. Mit Blick auf das Verhältnis zwischen Kirchen und Staat erwartet Alexander Faludy eine Normalisierung, nachdem zuvor eine große Nähe insbesondere zwischen der Reformierten Kirche und der Regierung geherrscht habe.

In Armenien fanden am 7. Juni ebenfalls richtungsweisende Wahlen unter schwierigen außenpolitischen Bedingungen statt. Im September 2023 hatte Aserbaidschan Berg-Karabach erobert, und die gesamte dortige armenische Bevölkerung vertrieben. 2025 haben Armenien und Aserbaidschan ein Friedensabkommen geschlossen, dessen Umsetzung allerdings noch offen ist. So ging es bei der Wahl auch um den Umgang mit der neuen, noch anspruchsvolleren geopolitischen und sicherheitspolitischen Lage. Anna Gevorgyan schätzt, dass die armenische Außenpolitik unter dem wiedergewählten Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan nun noch stärker auf Sicherheit und Ausgleich zwischen den verschiedenen Partnern bedacht ist. Narek Sukiasyan prophezeit der Regierung eine Gratwanderung in ihren Beziehungen zu Russland, der EU, Iran, den USA und Armeniens Nachbarländern.

Zwischen der Armenischen Apostolischen Kirche und Paschinjans Regierung bestehen schon länger massive Spannungen, daher hätte die Kirche einen Sieg der Opposition begrüßt. Nun sieht Harutyun G. Harutyunyan das neu gewählte armenische Parlament in der Pflicht, eine Lösung für den Konflikt zu finden.

Natalija Zenger